

IG Werkfairträge

„Sklavenähnliche Zustände“ und mutige Arbeiter

Von unserem Redaktionsmitglied
KATHARINA WERNEKE

Rheda-Wiedenbrück (gl). Was bedeutet Werkvertragsarbeit? Vor allem die moralische Dimension dieser Frage wollten die Teilnehmer der Lesung und Podiumsdiskussion, zu der die Interessengemeinschaft (IG) Werkfairträge ins Aegidiushaus in Wiedenbrück eingeladen hatte, in den Blick nehmen. Sie sprachen darüber, was sie erschreckt, über ihre Wünsche und darüber, welche Perspektiven zur Verbesserung sie sehen.

Einen anschaulichen Einstieg gab Albrecht Kieser, Verfasser des Kapitels „Selbstschlachten und Ausbeuten: Herrscher übers Schweineland“ in dem von Günther Wallraff herausgegebenen Buch „Die Lastenträger! Arbeit im freien Fall – flexibel schufteten ohne Perspektive“. Darin schreibt er über die Erfahrungen der Bulgarin Katya, die über das Subunternehmen Milex beim Fleischwerk Tönnies in Rheda gearbeitet hatte. Es ist eben jene Frau, die Inge Bultschnieder im Krankenhaus kennen gelernt hat, und deren Situation sie dazu bewogen hat, die IG Werkfairträge zu initiieren. Rasch wurde im Kreis der knapp 50 Besucher im Aegidiushaus über Aspekte wie Meldeverfahren, Papiere, die unwissend unterzeichnet werden, die Situation im Krankheitsfall, Versicherungsfragen, Wohnsituation und

Entscheidungsfreiheiten gesprochen. Er habe mit vier Personen in einem Zimmer gelebt in einer Unterkunft mit 13 bis 14 Menschen, berichtete etwa der ehemalige Werkvertragsarbeiter Mario Ivanov, der zum Podium gehörte.

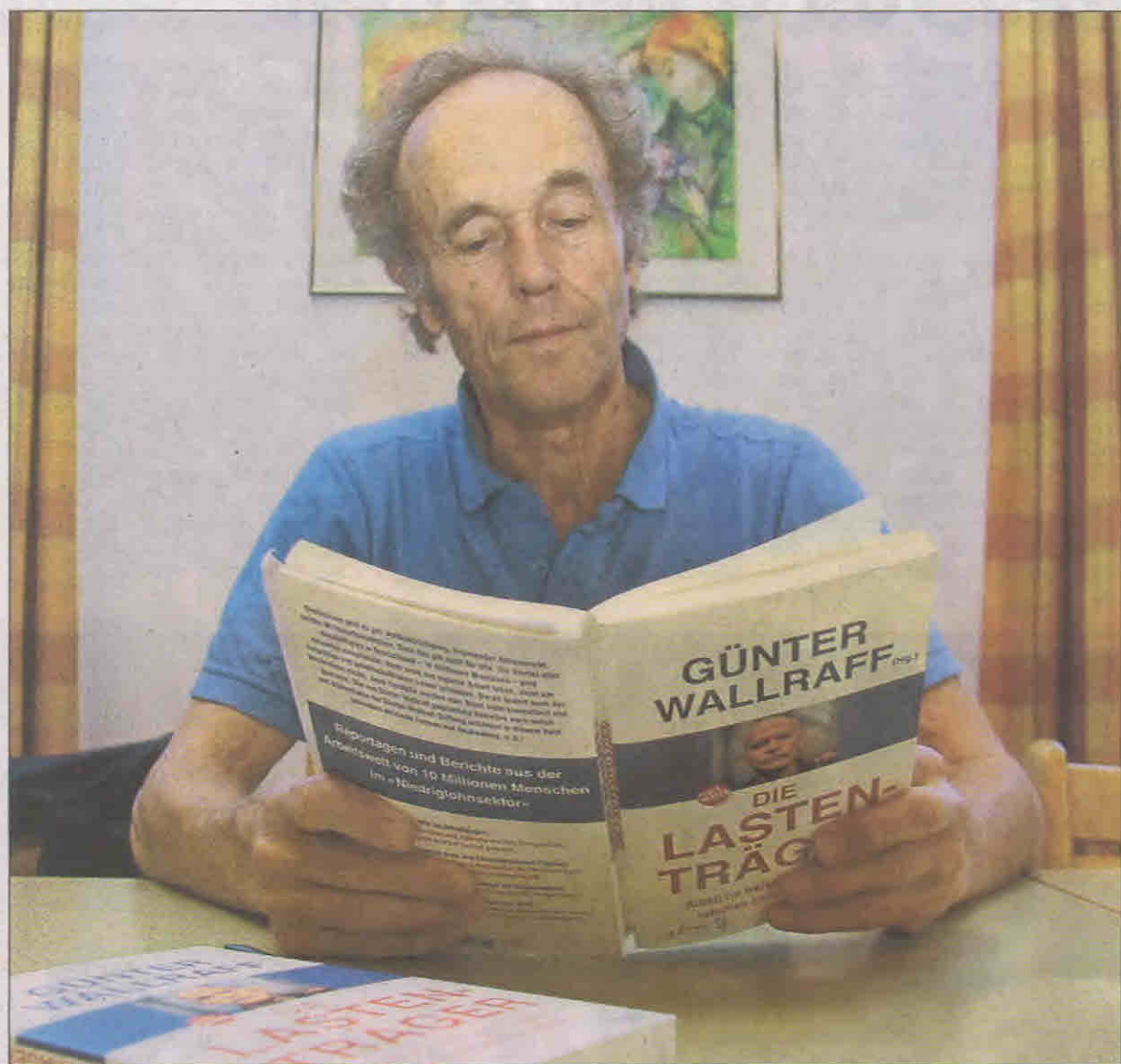
„Wir haben sklavenähnliche Zustände“, brachte Konrad Nagel-Strotmann, Bezirksvorsitzender der Katholischen Arbeitnehmerbewegung (KAB) in Paderborn-Höxter, seine Einschätzung auf den Punkt. Es sei wichtig, dass sich immer mehr Menschen trauen, ihre Rechte wahrzunehmen, sagte Dr. Alexandru Zidaru, Referent bei der Weiterbildungseinrichtung „Arbeit und Leben in NRW“. Er ist unter anderem in der Erstberatung von Arbeitnehmern aus Mittel- und Osteuropa tätig und lobte Ivanovs Mut.

Kieser kritisierte am System Werkvertragsarbeit, das auf Ausbeutung basiere, vor allem die „organisierte Verantwortungslosigkeit“, mit der Zuständigkeiten an andere weitergereicht würden. Es sei elegant zu sagen, „wir haben das ausgesourct“, kritisierte er, dass zum Beispiel eine Weltfirma wie Tönnies nicht wisse, wie viele Menschen dort Unfälle erleiden, und dies nur bei ihren Arbeitnehmern im Blick habe.

Man müsse nicht über Gesetze diskutieren, erklärte der Franziskaner Bruder Korbinian Klinger, es ginge ganz einfach um „Anstand“. Und er verwies, auf den Papst Bezug nehmend, auf die Würde der Arbeit.



Auf dem Podium: (v. l.) Inge Bultschnieder, Bruder Korbinian Klinger, Mario Ivanov, Dr. Bernd Groeger, Albrecht Kieser, Dr. Alexander Zidaru und Konrad Nagel-Strotmann.



Der Autor Albrecht Kieser las auf Einladung der IG Werkfairträge im Aegidiushaus Wiedenbrück. Dort wurde am Donnerstagabend über Werkverträge diskutiert. Bilder: Werneke

Gegen Gleichgültigkeit aufstehen

Rheda-Wiedenbrück (kaw). „Was muss sich verändern?“, wollte Moderator Dr. Bernd Groeger (Regionalstelle Bielefeld, Leitung der Technologieberatungsstellen TBS NRW) wissen, und fragte nach Wünschen der Podiumsteilnehmer. Seiner ginge in Erfüllung, wenn Tönnies ein klares Bekenntnis abgeben würde, von der Werkvertragsarbeit weg zu wollen.

Bislang gebe es bei Tönnies, wie in der Diskussion angesprochen wurde, das Angebot, dass sich Werkvertragsarbeiter auch für eine Festanstellung bewerben können. Wie Martin Blumentritt informierte – der Jurist in dem Fleischwerk saß in der Zuhörer-

schaft und wurde direkt angesprochen – sei in nächster Zeit über 27 Bewerbungen zu befinden. Es sei dabei allerdings noch kein Bewerber aus laufenden Werkverträgen dabei, bei Dreien handele es sich um frühere Werkvertragsarbeiter.

Die Menschen sollten nicht aus dem Blick verlieren, wer den Preis für die Entwicklung der Gesellschaft zahlt, hofft Konrad Nagel-Strotmann, dass Menschen aufstehen gegen Gleichgültigkeit. Werkverträge sollten nicht für das Kerngeschäft einer Firma genutzt werden dürfen. Er wie auch Dr. Alexandru Zidaru gaben zu bedenken, dass die Frage, ob Lohndumping betrieben werde

oder nicht, nicht nur eine moralische sei, denn es gebe auch wirtschaftliche Auswirkungen auf die Gesellschaft.

Solange keine Bereitschaft dazu bestehe, sich auf moralische Grundwerte und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen zu beziehen, helfe, so die Meinung Albrecht Kiesers, „nur noch politischer Zwang“.

Inge Bultschnieder von der IG Werkfairträge wünschte sich, dass ein Arbeitgeber, wenn er im Unrecht ist, in der Lage ist, dies einzugestehen: „Man darf sich auch mal entschuldigen“, sagte sie, nur so könne man Vertrauen zueinander gewinnen.